

# Welt der Arbeit

Jahrgang 1 / Ausgabe 3

6. November 2003

## Ver.di-Statistik

904 stimmberechtigte Delegierte haben am 1. ver.di-Bundeskongress vom 19. bis 25. Oktober 03 in Berlin teilgenommen. 103 Delegierte waren verhindert. Der/Die jüngste Delegierte war 18 Jahre alt, der/die älteste Delegierte 79 Jahre. Das Durchschnittsalter betrug 49 Jahre. Der Anteil der gewählten Delegierten auf die ehemaligen Gründungsgewerkschaften:

|           |                |
|-----------|----------------|
| DAG       | 134 Delegierte |
| DPG       | 165 Delegierte |
| HBV       | 147 Delegierte |
| IG Medien | 53 Delegierte  |
| ÖTV       | 506 Delegierte |

Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag der gewählten Delegierten betrug 24,67 Euro.

Ver.di ist mit rund 2,7 Millionen Mitgliedern die größte Gewerkschaft im DGB.

## Inhalt dieser Ausgabe

### Rote Karten für SPD und CDU

Seite 1

### Bündnisse gegen Ausbildung: Kalte Wut

Seite 2

### Milliardengeschenk für Versicherungen

Seite 3 und 4

### Runter mit Löhnen und Gehältern

Seite 4

### Generalstreik gegen Rentenreform

Seite 5

### Satte Altersversorgung für Politiker

### Buch-Tipp

### Neuerscheinungen

### Internet-Tipp

Seite 6

## Rote Karten für SPD und CDU

Mit eisigem Schweigen und Roten Karten protestierten die Delegierten des ver.di-Bundeskongresses gegen den Auftritt von Angela Merkel und Franz Müntefering. Die vorgetragene Rechtfertigung der Politik von CDU und SPD verdient auch keinen Beifall. Auch der gereizte und nervöse Vize-Kanzler Joschka Fischer hat mit seiner Rede zur Eröffnung des Kongresses lautstarken Widerspruch ausgelöst. Ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske hat mit seinen Erwidierungen die gewerkschaftlichen Positionen gegen den Sozialabbau und die falsche Arbeitsmarktpolitik deutlich gemacht. Er warnte nachdrücklich vor Eingriffen in die Tarifautonomie.

In den Diskussionen der Delegierten wurde zu Recht die einseitige Berichterstattung in den Medien über Rolle und Aufgabe der Gewerkschaften heftig kritisiert. Bereits in der Vergangenheit wurde immer wieder einmal die Idee einer Wochenzeitung für die Mitglieder aller Gewerkschaften, die zusätzlich auch an den Kiosken gekauft werden kann, in die gewerkschaftlichen Diskussionen eingebracht. Die Gewerkschaften hätten gerade in der heutigen Zeit eine eigene, öffentliche publizistische Stimme nötig.

Die rund dreizehnhundert Anträge und die lebhaften Debatten dazu haben gezeigt, dass ver.di zweieinhalb Jahre nach der Gründung spürbar an Substanz gewonnen hat. Es fehlt allerdings immer noch die versäumte programmatische Debatte über ein Grundsatzprogramm. Eine überzeugende strategische Konzeption für die gewerkschaftliche Arbeit in der Zukunft ist bislang nicht erkennbar. Diese Diskussion muss dringend mit den Mitgliedern geführt werden.

Das Prinzip der Ehrenamtlichkeit auch bei der Wahl der Delegierten zu den Bundeskongressen wird in ver.di beharrlich verteidigt. Von den hauptamtlichen Funktionären waren lediglich die Landesleiter/innen und ihre Stellvertreter/innen als Gäste zugelassen. Landesleiter der Fachbereiche und Bezirksgeschäftsführer waren von der Teilnahme ausgeschlossen. Aber gerade sie müssen – neben den ehrenamtlichen Delegierten – die Entscheidungen des Kongresses in Mitgliedschaft und Öffentlichkeit vertreten. Es ist schwer vorstellbar, dass dies gelingen kann, wenn sie an den Beratungen nicht beteiligt werden.

Hervorragend war die Informationsarbeit während des Kongresses. Jeden Morgen erhielten die Delegierten und Gäste ein gedrucktes Wortprotokoll vom Vortage, eine Presseauswertung und eine Kongresszeitung. Im Internet standen alle Protokolle, Bilder und Informationen über den Kongress zur gleichen Zeit unter [www.verdi.de/bundeskongress](http://www.verdi.de/bundeskongress) zur Verfügung. Eine tolle Leistung!

Die umstrittenen Strukturreformen werden auch weiterhin in ver.di für heftige Diskussionen sorgen. Es darf dabei nicht nur um formale Zuständigkeiten in der gewerkschaftlichen Arbeit gehen. Entscheidend ist vielmehr die Nähe zu den Mitgliedern. Sie erwarten vor allem Rat und Unterstützung bei der Bewältigung ihrer beruflichen, sozialen und betrieblichen Probleme. Das verlangt besonders von den Hauptamtlichen eine hohe fachliche und soziale Kompetenz. Vertrauen in den gewerkschaftlichen Apparat entsteht wesentlich durch den überzeugenden Einsatz der Beschäftigten in ver.di.

Franz Kersjes

## Bündnis gegen Ausbildung

### **Kalte Wut**

Der Kapitalismus hat ungewöhnlich lange Zeit gehabt, die ökonomischen und sozialen Probleme zu lösen. Er hat sie nicht gelöst; er hat sie erweitert. Die Unternehmer beteiligen sich immer weniger an den Gemeinschaftsaufgaben unserer Gesellschaft. Sie werden in keiner Weise dem Verfassungsauftrag zur Sozialverpflichtung des Eigentums gerecht. Vor allem jungen Menschen verweigern sie eine berufliche Erstausbildung und bringen sie um ihre Zukunftschancen. Mittlerweile leben in Deutschland über 600.000 junge Leute, die nie einen Arbeitsplatz erhalten und keine Ausbildung durchlaufen haben.

#### **Unternehmer ohne Verantwortung**

Die Wirtschaft ist offensichtlich nicht bereit, eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Kaum ein Versprechen der Unternehmerverbände und ihrer Repräsentanten zur Verbesserung der Situation ist in der Vergangenheit erfüllt worden. Stattdessen sollen die Qualität und die Kosten der Ausbildung heruntergefahren werden. Die tariflichen Ausbildungsvergütungen sollen gekürzt bzw. abgeschafft werden und sogar die Einführung von Lehrgeld wird nicht mehr ausgeschlossen. Seit Anfang dieses Jahres hat die Bundesregierung bereits die gesetzliche Ausbildereignungsverordnung ausgesetzt und damit die Verpflichtung zur Beschäftigung geeigneter Ausbilder aufgehoben. Zum groß angekündigten „Lehrstellengip-

fel“ am 10. Oktober sind die Unternehmer erst gar nicht erschienen. Bundesregierung und Gewerkschaften wollten sich mit ihnen auf Lösungen zur Bewältigung der dramatischen Situation am Ausbildungsmarkt verständigen. Die Unternehmer ließen stattdessen mitteilen, dass sie über Vorschläge aus der Regierungskoalition für eine Ausbildungsabgabe empört seien.

#### **Nun muss endlich Schluss sein mit dem Gerede!**

Die Unternehmer müssen zur Beteiligung an den Kosten der beruflichen Erstausbildung gezwungen werden! Jeder Betrieb, der nicht ausbildet, muss zu einer Ausbildungsabgabe verpflichtet werden. Auf Vorschlag des DGB soll sich die Abgabe an der Bruttolohn- und -gehaltssumme orientieren und an die zuständige Berufsgenossenschaft abgeführt werden. Die Umlage soll so bemessen sein, dass Schulabgänger zwischen verschiedenen Ausbildungsangeboten wählen können. Anzahl und Finanzierung der Ausbildungsstellen können auch in einem Tarifvertrag geregelt werden.

Die Wirtschaft hat auch in diesem Herbst wieder weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt als ein Jahr zuvor. Die Bundesregierung kommt auf ein rechnerisches Defizit von etwa 20.000 Lehrstellen. Hinzu kommen nach Aussagen der Bildungsministerin weitere 40.000 Jugendliche, die aus der „Warteschleife“ kommen und ebenfalls in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz suchen. Das regie-

rungsoffizielle Bundesinstitut für Berufsbildung ermittelte rund 200.000 fehlende Ausbildungsangebote. Obwohl die Unternehmer und ihre Verbände in der Vergangenheit immer wieder das duale Ausbildungssystem – Betrieb und Berufsschule – für unverzichtbar erklärt haben, werden nur noch 47% aller vermittelten Lehrstellenbewerber in diesem System ausgebildet. Vor zwei Jahren waren es noch 52%. Vor allem Großbetriebe entziehen sich in vielen Branchen ihrer Verantwortung und stellen keine Ausbildungsplätze zur Verfügung.

#### **Aufklärung der Beschäftigten**

Auch in den Belegschaften und Betriebsräten muss die berufliche Aus- und Weiterbildung verstärkt diskutiert werden. Tendenziell gibt es bei den Beschäftigten die Befürchtung, dass durch die Ausbildung junger Menschen neue Konkurrenten im Kampf um die Arbeitsplätze entstehen. Oft wird eine Antwort gesucht auf die Frage: Ausbildung in Berufen ohne Zukunft? Berufe fürs Leben wird es kaum noch geben. Stattdessen ist lebenslanges Lernen zur Voraussetzung für eine qualifizierte Beschäftigung geworden. Dazu gehören die erforderlichen Chancen und Angebote für junge und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Niemand sollte sich dabei in eine Konkurrenzsituation drängen lassen. Auszubildende und alle abhängig Beschäftigten sind aufeinander angewiesen. Nur Solidarität und der gemeinsame Kampf um Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen Chancen auf bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

## Milliardengeschenk für Versicherungen

### Oder: Wenn Dummheit zum Verbrechen wird

Der Journalismus ist hierzulande längst zur Attrappe dessen verkommen, was er einmal zu sein vorgab: Die kritisch aufklärende und - wenigstens einigermaßen - objektive vierte Gewalt. Stattdessen haben wir es heute mit Medien zu tun, die sich gegenseitig als Speichellecker des Großkapitals zu überbieten versuchen. Ein Paradebeispiel dieses Kriechertums bot der 13. Oktober 2003.

Am Morgen hatte die deutsche Ausgabe der „Financial Times“ eine ziemlich wichtige Nachricht verbreitet: Das Finanzministerium beabsichtige, die privaten Lebens- und Krankenversicherer steuerlich um einen Betrag zwischen 5 und 10 Milliarden Euro noch in dieser Woche zu entlasten. Rückwirkend zum 1. Januar 03 sollen sie vom so genannten Halbeinkünfteverfahren ausgegenommen werden. Das entsprechende Gesetz, mit dem die Besteuerung von Spekulationsgewinnen neu geregelt wurde, trat erst vor drei Jahren in Kraft. Es sollte dazu führen, dass Gewinne aus Aktiengeschäften wenigstens wieder sozusagen halbwegs versteuert würden.

Faktisch hatten nämlich besonders die Großanleger – also Versicherungsunternehmen, aber auch Banken, Fonds und Konzerne – längst keine Steuern mehr auf ihre enormen Aktiengewinne entrichtet. Ermöglicht wurde dies durch geschicktes Hin- und Herschieben und Verrechnen erzielter Spekulationsverluste mit den erzielten Gewinnen und Dividenden. Dem schob das neue Gesetz nun einen Riegel vor. Dummerweise exakt zu

einer Zeit, da sich die Börsen auf stetiger Talfahrt befanden. Die Großanleger fuhren plötzlich einerseits enorme Spekulationsverluste ein und mussten andererseits - wie jeder andere Anleger auch - ihre immer noch riesigen Dividenden versteuern. Die Verluste konnten jedoch nur noch für einen eng begrenzten Zeitraum gegengerechnet werden. Dumm gelaufen - was sich aber wieder ändern wird, sobald die Kurse klettern.

Soweit also die etwas längere Vorgeschichte. Alle sind vor dem Gesetz gleich, das Großkapital bei der rotgrünen Koalition allemal ein bisschen gleicher. Es bekommt also nunmehr eine Ausnahmeregelung, die schlicht besagt: Wir haben bisher kaum Steuern auf unsere Aktiengewinne entrichtet und werden dies nunmehr auch zukünftig nicht tun. Macht summa summarum eben besagten Entlastungsbetrag von geschätzt 5 bis 10 Mrd. Euro. Kein Wunder, dass an der Börse die Champagnerkorken knallten und die Aktienkurse der großen Versicherer im Laufe des Tages um bis zu sechs Prozent nach oben schnellten.

Nun gab es leider noch ein kleines Vermittlungsproblem, sprich: Wie sag ich's meinem Kinde, dem tumben Volk? Wurde doch just gleichen Tags öffentlich darüber debattiert, ob einige SPD-Abgeordnete Harz IV zustimmen könnten. Einem Gesetz, das Menschen nach einem Jahr Arbeitslosigkeit dazu zwingt – ihre Lebensversicherungen zu kündigen und das Geld aufzubrauchen, bevor sie das zu beschließende ALG II in Höhe des Sozi-

alhilfesatzes erhalten.

Lebensversicherungen, in die sie aus versteuertem Arbeitseinkommen zwecks Altersvorsorge oft 20 Jahre und länger eingezahlt haben. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt und vermutet, mit der Riesensteuerentlastung seien die Lebensversicherer für den drohenden Verlust ihrer vielen arbeitslosen Kunden entschädigt und somit ruhig gestellt worden. Sie waren schließlich die einzige Lobby, die – aus Sicht der Versicherer notgedrungen – den Arbeitslosen in Berlin noch zur Verfügung stand. Aber das am Rande. Das öffentliche Vermittlungsproblem - musste diese Financial Times aber auch...! - blieb so oder so bestehen. Klagte nicht Eichels Hans tagtäglich „kein Geld da“? Musste es nicht deswegen laufend bei denen unten eingesammelt werden? Und dann ein solches Milliarden-Steuereschenk? Ach wie gut, dass niemand weiß, dass ich Rumpelstilzchen heiß. Ganze Scharen serviler Journalisten krochen auf die Schleimspur des Großkapitals. Da hob ein Wortwenden und Verdrehen an, ein Formulierungsgeschiebe und Verschleierungstanz, bis die simple Wahrheit, „unten holen, oben geben“ unter einem Berg von Unverständlichem verschwunden war.

Das ZDF verschob die Hauptnachricht gleich in die Börsenberichterstattung und ließ dort eine ältliche Dame verkniffen lächelnd etwas vom Ausgleich einer unbeabsichtigten Fehlentwicklung faseln. Auch die Tagesthemen taten die Hauptsache flugs als banale Nebensächlichlichkeit ab. Im Deutschlandfunk Mittagsma-

gazin wiederum hatte bereits Stunden zuvor ein Vertreter der Versicherungswirtschaft - gut assistiert vom Moderator - diese eiligst getroffene allgemeine Sprachregelung von der „harmlosen Korrektur“ herunterbeten dürfen. Einfaches kompliziert zu gestalten gelingt aber nur geübten Wortverdrehern und so verhaspelte er sich prompt in den Fallstricken der Sprache. Sinngemäß aber dafür reichlich deutlich erklärte er, was weiter oben schon zu lesen war: Wir haben früher nix bezahlt und nun zahlen wir wieder nix. Da waren die Lokalzeitungen am

nächsten Tag geschickter. Die meisten versteckten die Meldung im von Otto Normal stets ungelesenen Wirtschaftsteil. Und flöten dort - wie etwa die Ruhr Nachrichten - etwas von „Steuern auf Verluste zahlen“ müssen, was jetzt behoben würde.

Es mag ja sein, dass einige der Herrschaftsbauchredner und medialen Verdunkelungsbeauftragten wirklich nicht wissen, worum es inhaltlich eigentlich geht. Aber wenn Dummheit solche Formen annimmt, dass nicht einmal die simple Un-Gleichung „hier abkassieren, hier entlasten“

auffällt, wird sie schlicht zum Verbrechen. Nicht nur an den Armen und Schwachen im Lande, sondern an der ganzen arbeitenden Bevölkerung! Und solche Verbrechen hat die Geschichte auf Dauer noch immer bestraft. Mal sehen, welchen Allerweltsvornamen der Rächer der Enterbten diesmal trägt. Irgendwo in Europa läuft er bestimmt schon herum.

Werner Schlegel

### Die nächste Kampagne ist eingeleitet

## **Runter mit Löhnen und Gehältern**

Von Unternehmern und ihren Propagandisten werden regelmäßig die angeblich zu hohen Arbeitskosten beklagt. Die Arbeitszeit sei im internationalen Vergleich zu kurz, die tariflichen Löhne und Gehälter seien zu hoch und die so genannten Lohnnebenkosten würden wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze verhindern. Bundesregierung, Opposition und Unternehmer sind sich einig: Das muss sich ändern! Runter mit den Arbeitskosten und dann geht es wieder aufwärts. Die erzwungenen bisherigen Verzichte der Beschäftigten und Arbeitslosen reichen angeblich nicht aus, um neuen Wohlstand zu schaffen. Frau Merkel fordert längere Arbeitszeiten und betriebliche Bündnisse für Arbeit, in denen Bezahlung unter Tarif vereinbart werden kann. CDU/CSU und FDP fordern eine „Modernisierung des Arbeitsrechts“ durch Neufassung des Tarifvertragsgesetzes, um betriebliche Abwei-

chungen von Tarifverträgen zu ermöglichen und untertarifliche Bezahlungen bei der Neueinstellung von Arbeitslosen durchzusetzen.

Die Belegschaften vieler Betriebe sind bereits genötigt worden, einer Verlängerung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit zuzustimmen. Arbeitsplatzsicherheit und Neueinstellungen hat das nicht gebracht. Nun geht es an die tariflichen Löhne und Gehälter. Unterstützung finden die Unternehmer bei einigen „Sachverständigen“ wie dem Professor an der Universität München, Hans-Werner Sinn. In einem Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel“ behauptet er allen Ernstes. „Wenn die Löhne sinken und die Leute länger arbeiten, schaffen die Unternehmen neue Arbeitsplätze und lassen Menschen statt Maschinen in den Fabrikhallen arbeiten“. Wie das? Die Maschinen werden abgestellt und stattdessen Arbeitslose eingestellt? Vielleicht meint der Herr Professor aber auch, die Bezah-

lung der Beschäftigten müsste so niedrig werden, dass sich Investitionen in Maschinen und neue Techniken für die Unternehmer nicht mehr lohnen. Welchen Rat gibt er dann der Investitionsgüterindustrie? Will dieser hoch bezahlte, unkündbare und pensionsberechtigte Professor die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschaukeln? Warum regt sich in den Medien und in der Öffentlichkeit niemand über solchen Schwachsinn auf? In den Redaktionen der Zeitungs- und Rundfunkbetriebe gibt es offensichtlich zu wenig Sachverstand und Mut zum Widerspruch.

Die vielen falschen Versprechungen der Herrschenden verstärken die Erkenntnis, dass es eigentlich nicht um die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen geht, sondern vielmehr um die Sicherung und Steigerung der Kapitalrenditen! Es geht nicht mehr um die internationale Konkurrenzfähigkeit der Arbeit sondern um die des Kapitals.

F.K.

Hunderttausende protestierten**Generalstreik gegen Rentenreform**

Geschlossene Schulen, Universitäten, Museen, Banken, Postfilialen, Supermärkte. Notversorgung in den Krankenhäusern, keine Gerichtsverhandlungen, leere Theater, städtische Busse, Metros und Trambahnen standen still. Die Fähren ankerten in den Häfen, Radio- und Fernsehanstalten streikten, der Eisenbahnverkehr war lahm gelegt und der Flugverkehr ruhte. Mehr als 1,5 Millionen Menschen legten die Arbeit nieder. Generalstreik! In Rom gingen 150.000 Menschen auf die Straße, in Mailand 200.000. Nichts ging mehr – in Italien!

**Einigkeit macht stark**

Die drei großen italienischen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL hatten ihre 11 Millionen Mitglieder zum Protest gegen die geplante Rentenreform der Regierung Berlusconi aufgerufen. Mit dem geplanten Gesetz soll das Mindestalter für den Bezug der Rente von 57 auf 65 Jahre für Männer und auf 60 Jahre für Frauen erhöht werden. Gleichzeitig sollen Arbeitnehmer/innen nicht wie bisher nach 35, sondern erst nach 40 Beitragsjahren Anspruch auf die volle Rente haben. Außer dieser Regelung, die erst im Jahre 2008 in Kraft treten soll, plant die Regierung finanzielle Anreize von bis zu 32 Prozent des Lohnes für Arbeitnehmer/innen, die über das Renteneintrittsalter hinaus arbeiten wollen. Diese Bestimmung soll bereits vom nächsten Jahr an gelten. Wer nach 2008 früher in Rente gehen will, muss mit starken Kürzungen seiner Bezüge

rechnen. Die Rentenhöhe wird dann nur nach den individuell eingezahlten Beiträgen berechnet, was zu einem Verlust von zirka 15 bis 20 Prozent führen kann.

In einer gemeinsamen Erklärung der drei Gewerkschaftsverbände heißt es: „Die Entscheidung der Regierung hat mit einem Ausgleich des Rentensystems, das zu den besten in Europa gehört, nichts zu tun. Hier geht es allein darum, die eigene Unfähigkeit zu bemängeln, mit den öffentlichen Finanzen korrekt umzugehen. So will man die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Fehler zahlen lassen, die mit den Renten selber nichts zu tun haben. Die Regierung will das Rentenalter starr anheben, wohingegen eine flexiblere Regelung notwendig wird, und sie trägt in keiner Weise der Tatsache Rechnung, dass die Betriebe schon heute Arbeitskräfte über 50 für zu alt ansehen und alles tun, um sie aus dem Produktionsprozess zu drängen.“

Den vorletzten Generalstreik hatte Italien im April 2002 erlebt. Damals wurde acht Stunden gegen Verschlechterungen des Kündigungsschutzes gestreikt. Eine Rentenreform scheiterte bereits 1994. Die Regierung Berlusconi trat damals kurz nach einem Generalstreik gegen die geplante Reform zurück, allerdings auch wegen anderer Probleme.

**Solidarität ist unverzichtbar**

Die Einsparungen durch die Rentenreform sollen ab dem Jahr

2008 rund 12 Milliarden Euro jährlich betragen. Italien gibt jedes Jahr ungefähr 13 bis 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Aufwendungen im Rentenbereich aus. Die Ausgaben für die Renten machen dagegen in Deutschland lediglich 11,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Die geplanten Veränderungen sind allerdings noch rigider.

Mit drastischen Einschnitten will die Bundesregierung die Altersversorgung kürzen. Im Jahre 2004 wird es keine Rentenerhöhung geben. Ab April 2004 müssen Rentnerinnen und Rentner den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung statt bisher nur die Hälfte zahlen. Das kommt einer Rentenkürzung gleich.

In die Rentenformel wird ab 2005 ein Nachhaltigkeitsfaktor eingefügt. Nach dem Konzept der Rürup-Kommission handelt es sich um Abschläge bei der jeweiligen Rentenerhöhung. „Die Rentenerhöhungen werden deshalb gegen Null tendieren“, meint der Verband Deutscher Rentenversicherer. Künftige Bezieher der gesetzlichen Altersversorgung verlieren bis zu 60 Euro im Monat, weil Schul- und Studienzeiten vom 17. Lebensjahr an nicht mehr bei der Berechnung der Rente berücksichtigt werden. So hat es die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte berechnet. Mit den Reformen sinkt das Rentenniveau in den kommenden Jahren und die Altersarmut wird dramatisch steigen.

Wie stark wird der Protest in Deutschland sein?

Franz Kersies

## Satte Altersversorgung für Politiker

Die Menschen in unserem Land sind zunehmend empört über steigende Abgaben und immer neue Belastungen. Zur angeblichen Rettung des Sozialstaates werden von den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Opfer verlangt. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages, die die so genannten Reformen beschließen, bleiben von den Einbußen verschont. Sie bekommen auch in Zukunft satte Pensionen und brauchen keine Kürzungen hinzunehmen. Schon nach zwei Jahren Amtszeit hat jeder Minister Anspruch auf eine Altersversorgung, jeder Abgeordnete nach acht Jahren, ohne jemals selbst einen Cent dafür eingezahlt zu haben. Die Begründung ist im Internet unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) nachzulesen: „Gäbe es die Altersversorgung nicht, hätten die Abgeordneten für die Zeit ihrer Zugehörigkeit zum Parlament eine Versorgungslücke. Denn sie sind weder in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert, **noch reicht die Abgeordnetenentschädigung aus, eine anderweitige Altersversorgung zu finanzieren.**“ Die Abgeordnetenentschädigung beträgt zurzeit 7.009 Euro

\* \*

brutto. Hinzu kommt eine Kostenpauschale von derzeit 3.503 Euro. Und dieses Einkommen reicht nicht für eigene Beiträge zur Altersversorgung? Wahrlich eine unverschämte Argumentation!

Im ZDF-Fernsehmagazin Frontal vom 28. Oktober wurde über die satten Pensionen der Politiker berichtet. Danach erhalten zum Beispiel folgende Mitglieder der Bundesregierung nach derzeitigem Stand monatlich folgende Bruttobeträge:

|                  |             |
|------------------|-------------|
| Hans Eichel      | 11.635 Euro |
| Wolfgang Clement | 8.773 Euro  |
| Gerhard Schröder | 8.303 Euro  |
| Ulla Schmidt     | 5.109 Euro  |

Dieser Anspruch wächst weiter. Und noch ein Beispiel: Claudia Nolte (CDU) war 13 Jahre Abgeordnete und eine Legislaturperiode Familienministerin. Mit Vollendung ihres 60. Lebensjahres hat sie für diese Zeit einen Pensionsanspruch von fetten 6.713 Euro. Dafür müsste laut Bund der Steuerzahler ein Durchschnittsverdiener 257 Jahre lang in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

F.K.

\* \* \* \*

### Internet-Tipp

[www.verdi.de/wirtschaftspolitik](http://www.verdi.de/wirtschaftspolitik)  
[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
[www.wissentransfer.info](http://www.wissentransfer.info)  
[www.labournet.de](http://www.labournet.de)  
[www.erwerbslose.de](http://www.erwerbslose.de)  
[www.attac-netzwerk.de](http://www.attac-netzwerk.de)  
[www.weedbonn.org](http://www.weedbonn.org)  
[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)  
[www.oxfam.de](http://www.oxfam.de)  
[www.ig-metall.de](http://www.ig-metall.de)  
[www.tarifvertrag.de](http://www.tarifvertrag.de)  
[www.vdr.de](http://www.vdr.de)  
[www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de)

### Neuerscheinungen

Udo Achten/Ulrich Zachert: **Wir verteidigen den Tarifvertrag**  
 Eine sehr empfehlenswerte neue und gemeinsame Broschüre von ver.di und IG Metall, die kostenlos in den Büros der beiden Gewerkschaften erhältlich ist.

\* \* \*

### Schwarzbuch – Anschläge auf Kunst und Kultur

Herausgegeben von den künstlerischen Fachgruppen im FB 8.  
 Kostenlos über: [w.ley@verdi.de](mailto:w.ley@verdi.de)

### Buch-Tipp

## Fluchtpunkte

### Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung

Zur Geschichte sozialer Bewegungen gehört auch ihr soziales Gedächtnis. Was die historischen Erfahrungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung angeht, so hat sich seit 1989 und noch verstärkt durch die „Geschichtslosigkeit“ des neoliberalen Zeitgeistes Erinnerungsschwäche ausgebreitet. Dem kann durch gesellschaftspolitische Bildungsanstrengungen entgegengewirkt werden. Erfolge der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als Widerpart zu den herrschenden ökonomischen Verhältnissen und den mit diesen verbundenen politischen Machtstrukturen, ihre inneren Streitigkeiten und Niederlagen im vergangenen Jahrhundert sowie daraus hervorgegangene historische Erzählungen werden in diesem Buch als Material für Lern- und Lehrversuche bereitgestellt.

Arno Klönne, Karl A. Otto,  
 Karl Heinz Roth (Herausgeber)

### Fluchtpunkte

316 Seiten, 20,40 Euro  
 VSA-Verlag, Hamburg

### Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35, Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.

[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Die Online-Publikation kann jederzeit bestellt oder abbestellt werden.